

Bessin, Stefanie; Boss, Alfred; Gern, Klaus-Jürgen; Langfeldt, Enno; Trapp, Peter

Research Report — Digitized Version

Konjunkturschwäche durch Ölverteuerung? Thesen zum 42. Kieler Konjunkturgespräch

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 162

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Bessin, Stefanie; Boss, Alfred; Gern, Klaus-Jürgen; Langfeldt, Enno; Trapp, Peter (1990) : Konjunkturschwäche durch Ölverteuerung? Thesen zum 42. Kieler Konjunkturgespräch, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 162, ISBN 3925357912, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/417>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KIELER DISKUSSIONSBEITRÄGE

K I E L D I S C U S S I O N P A P E R S

162

L
Konjunkturschwäche durch Ölvertéuerung?

Thesen zum 42. Kieler Konjunkturgespräch

Ag 3103 / 90
Wolfgang
Kiel
457

Inhaltsverzeichnis

I. Anhaltend hohe Auslastung der Kapazitäten in den Industrieländern ...	3
1. Ausgeprägte Konjunkturverlangsamung in den Vereinigten Staaten ..	4
2. Leicht abgeschwächter Anstieg der Inlandsnachfrage in Japan.....	5
3. Robuste wirtschaftliche Expansion in Westeuropa.....	6
4. Rezession durch Ölverteuerung?.....	7
5. Höhere Ölpreise: Anlaß für eine schärfere Gangart der Geld- politik?	9
6. Finanzpolitik: Nur noch geringe Abnahme der Defizite	10
7. Vereinigte Staaten: Vorreiter der Weltkonjunktur?	13
8. Ausblick: Produktionsanstieg in den Industrieländern ver- langsam sich	14
II. Gespaltene Konjunktur im gesamtdeutschen Wirtschaftsgebiet	16
1. Vor einem dritten Erdölpreisschock?	17
2. DDR: Einbruch bei Produktion und Beschäftigung	18
3. Bundesrepublik: Kräftige Erhöhung der Inlandsnachfrage.....	24
4. Trotz hoher Budgetdefizite: Steuererhöhungen unnötig	28

Dieser Bericht wurde erstellt von Stefanie Bessin, Alfred Boss, Klaus-Jürgen Gern, Enno Langfeldt und Peter Trapp der Abteilung "Konjunktur" (Leitung: Klaus-Werner Schatz). Abgeschlossen am 12. September 1990.

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Konjunkturschwäche durch Ölverteuerung? : Thesen zum
42. Kieler Konjunktorgespräch / Inst. für Weltwirtschaft,
Kiel. - Kiel : Inst. für Weltwirtschaft, 1990

(Kieler Diskussionsbeiträge; 162)

ISBN 3-925357-91-2

NE: Kieler Konjunktorgespräch <42, 1990>; Institut für Weltwirtschaft <Kiel>; GT



Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Postfach 43 09, D-2300 Kiel 1

Alle Rechte vorbehalten

Ohne ausdrückliche Genehmigung ist es auch nicht
gestattet, den Band oder Teile daraus

auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) zu vervielfältigen

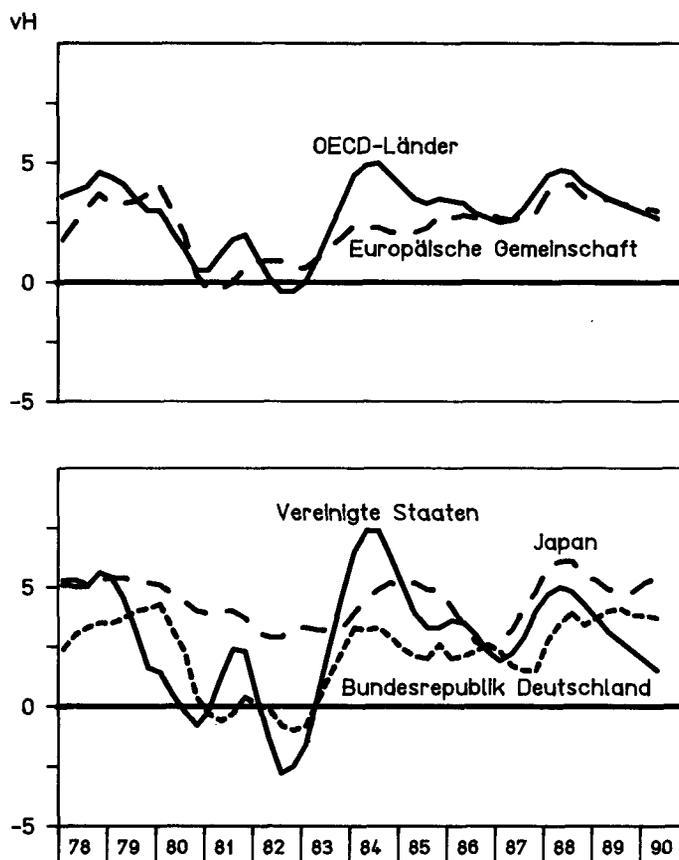
Printed in Germany

ISSN 0455 - 0420

I. Anhaltend hohe Auslastung der Kapazitäten in den Industrieländern

Das reale Bruttosozialprodukt in den Industrieländern ist im ersten Halbjahr 1990 mit einer laufenden Jahresrate von etwa 2,5 vH gestiegen. Damit hat sich die wirtschaftliche Expansion seit Mitte 1988 merklich verlangsamt (Schaubild 1); dies war von den wirtschaftspolitischen Instanzen beabsichtigt. Die Zentralbanken haben angesichts der hohen Auslastung der Kapazitäten und vermehrter Angebotsengpässe die Geldmengenausweitung spürbar gedämpft, um den Nachfrageanstieg zu drosseln und so einer Verstärkung des Preisauftriebs entgegenzuwirken. Die Wirkung auf Nachfrage und Produktion fiel in den verschiedenen Regionen allerdings sehr unterschiedlich aus. In den Vereinigten Staaten setzte sich die Konjunkturabschwä-

Schaubild 1 - Entwicklung des realen Bruttosozialprodukts in wichtigen Industrieländern 1978-1990 (a)



(a) Veränderung gegenüber dem Vorjahr, gleitender Dreiquartersdurchschnitt, 1990 zum Teil geschätzt.

Quelle: OECD, Quarterly National Accounts. Paris, lfd. Jgg.; eigene Berechnungen.

chung, die Mitte 1988 begonnen hatte, fort; das Bruttosozialprodukt erhöhte sich im ersten Halbjahr 1990 kaum noch. Dagegen verringerte sich die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Westeuropa nur wenig und übertraf weiterhin das Wachstum des Produktionspotentials. Am kräftigsten war die Aufwärtsentwicklung in Japan, wenngleich sie sich auch dort etwas verlangsamt hat. Der Welthandel, der das Vorjahresniveau 1989 noch um 8 vH überschritten hatte, lag im ersten Halbjahr 1990 um schätzungsweise nur 5 vH über dem Vorjahresstand, wozu neben der geringeren Produktionsausweitung in den Industrieländern die Abschwächung in den ostasiatischen Schwellenländern beitrug.

Die Beschäftigung in den Industrieländern erhöhte sich etwas langsamer als zuvor. Da das Arbeitskräfteangebot spürbar zunahm, ging die Zahl der Arbeitslosen nur wenig zurück. Die Verbraucherpreise stiegen im ersten Halbjahr mit einer laufenden Jahresrate von rund 5 vH. Damit hat sich der Preisauftrieb trotz verstärkt anziehender Lohnkosten in der Grundtendenz kaum verändert. Hierzu trug sicherlich bei, daß die Geldpolitik früher als in anderen Konjunkturzyklen einen stabilitätsorientierten Kurs eingeschlagen und den Nachfragesog verringert hat.

1. Ausgeprägte Konjunkturverlangsamung in den Vereinigten Staaten

In den Vereinigten Staaten scheint der mehr als sieben Jahre währende Aufschwung nunmehr beendet zu sein. Von Mitte 1989 bis Mitte 1990 stieg das Bruttosozialprodukt nur noch um reichlich 1 vH. Die Entwicklung der Auftragseingänge, Baugenehmigungen und der Industrieproduktion nach der Jahresmitte deutet auf ein Fortdauern der Schwäche hin.

Maßgeblich für die Wachstumsverlangsamung war die starke Drosselung der Geldmengenausweitung. Die Absatzlage hat sich verschlechtert, und die Gewinnerwartungen gingen deutlich zurück. Dies führte zu einer deutlichen Abnahme der Unternehmensinvestitionen. Besonders betroffen sind die Investitionen im Wohnungsbau, die bereits seit dem ersten Quartal 1989 aufgrund des anhaltend hohen Zinsniveaus sowie der in vielen Regionen fallenden Immobilienpreise in der Tendenz sinken.

Auch die Expansion des privaten Verbrauchs - der mit einem Anteil von zwei Dritteln den größten Beitrag zum Bruttosozialprodukt liefert - hat sich seit dem vierten Quartal 1989 deutlich verlangsamt. Hier wirkt sich insbesondere die nur noch geringe Expansion der verfügbaren Einkommen aus, die vor allem aus deutlich

verlangsamten Beschäftigungszuwächsen resultiert. Im Baugewerbe und in der Industrie entwickelte sich die Zahl der Beschäftigten rückläufig, während sie im Dienstleistungsbereich noch leicht zunahm. Da sich zugleich das Arbeitskräfteangebot nur unwesentlich erhöhte, verharrte die Arbeitslosenquote bei reichlich 5 vH.

Expansive Effekte gingen zuletzt vor allem vom Staatsverbrauch aus, der im ersten Halbjahr 1990 erheblich stärker als das Sozialprodukt stieg. Aufgrund der Entwicklung im Nahen Osten und der damit verbundenen militärischen Ausgaben für die USA wird sich dies wohl vorerst fortsetzen. Die Exporte erhöhten sich weiter kräftig; da die Importe infolge der geschwächten Inlandsnachfrage mit geringerem Tempo expandierten, hat sich das Handelsbilanzdefizit bis zur Jahresmitte deutlich verringert.

Der Preisauftrieb blieb kräftig. Trotz deutlicher Konjunkturverlangsamung waren die Verbraucherpreise im ersten Halbjahr 1990 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um reichlich 4,5 vH höher. Hingegen verringerte sich der Anstieg der Produzentenpreise im zweiten Quartal deutlich, vor allem weil sich Rohstoffe und Energie spürbar verbilligten. Mit der beträchtlichen Verteuerung des Erdöls im Gefolge der Krise im Golfgebiet haben die Verbraucher- wie die Erzeugerpreise merklich angezogen.

2. Leicht abgeschwächter Anstieg der Inlandsnachfrage in Japan

Das Expansionstempo der japanischen Wirtschaft hat sich nur wenig verringert. Die Inlandsnachfrage insgesamt, die - angeregt durch die bis Mitte 1989 sehr expansive Geldpolitik - den Aufschwung getragen hat, ist weiterhin erheblich gestiegen. Allerdings beginnt die starke Verminderung der Zuwachsraten der Geldmenge M1 Wirkung zu zeigen. So expandierte der private Verbrauch trotz der kräftigen Zunahme der verfügbaren Einkommen - die Tariflöhne waren im Frühjahr 1990 im Durchschnitt um fast 6 vH (nach 5,1 vH im Jahr 1989) erhöht worden, die Bonuszahlungen wurden im Sommer wie im Vorjahr um 7 vH gesteigert - im ersten Halbjahr nur noch mäßig. Auch die Ausrüstungsinvestitionen der privaten Wirtschaft stiegen langsamer als zuvor. Hingegen hat sich die gute Baukonjunktur fortgesetzt.

Während die private Nachfrage merklich an Schwung verlor, wurde die öffentliche Nachfrage verstärkt ausgeweitet. Insbesondere haben die öffentlichen Investitionen, von denen in den beiden zurückliegenden Jahren eher dämpfende Wir-

kungen ausgingen, erheblich zugenommen. Insgesamt weitete sich die Inlandsnachfrage im ersten Halbjahr 1990 mit einer laufenden Rate von etwa 5 vH jedoch nicht mehr ganz so dynamisch wie in den Vorjahren aus. Das Bruttosozialprodukt erhöhte sich etwas stärker als die Inlandsnachfrage, vor allem weil im ersten Quartal 1990 die Kapitalerträge aus Auslandsinvestitionen sprunghaft anstiegen.

Die Verminderung des Überschusses der japanischen Handelsbilanz setzte sich im Jahr 1990 zunächst fort. Ausschlaggebend dafür war, daß die Importe bei der beträchtlichen Ausweitung der Inlandsnachfrage und den hoch ausgelasteten Produktionskapazitäten weiter deutlich stiegen, während die Exporte wiederum nur wenig zunahmen. Verstärkt wurden die sich daraus ergebenden Wirkungen auf die Handelsbilanz dadurch, daß sich der Yen gegenüber wichtigen Währungen fortgesetzt abwertete, was sich zunächst in einer Verteuerung der Importe niederschlug. Im zweiten Quartal 1990 hat sich die japanische Währung stabilisiert, wenngleich auf einem niedrigen Niveau. Dadurch hat sich der zeitweise erhebliche Anstieg der Importpreise stark vermindert; zugleich belebten sich mit einer üblichen zeitlichen Verzögerung auf die vorangegangene Abwertung des Yen die Exporte kräftig. Daher ist die Verringerung der Handelsbilanzüberschüsse im Sommer ins Stocken geraten. Im Juni lag der Handelsbilanzüberschuß erstmals seit April 1989 wieder über dem Vorjahreswert.

Der Anstieg der Verbraucherpreise beschleunigte sich im ersten Halbjahr 1990 merklich. Der Index der Konsumentenpreise übertraf im August den Vorjahresstand um knapp 3 vH. Der Arbeitsmarkt ist unverändert angespannt, die Arbeitslosenquote verharrt bei saisonbereinigt rund 2 vH und das Verhältnis von angebotenen Stellen zu Bewerbern ist im Juni auf 1,47:1 gestiegen; das ist der höchste Wert seit Anfang 1974.

3. Robuste wirtschaftliche Expansion in Westeuropa

In den meisten westeuropäischen Ländern setzte sich die kräftige Aufwärtsentwicklung der Produktion im ersten Halbjahr 1990 fort. Motor der günstigen Konjunktur war die Inlandsnachfrage. Besonders stark erhöhten sich die Unternehmensinvestitionen. Anregend wirkten hier vor allem die deutliche Verbesserung der Gewinne, die Vorbereitung auf den europäischen Binnenmarkt und vermehrte Kapazitätsengpässe. Die Wohnungsbauinvestitionen expandierten zügig, begünstigt durch hohe Auftragsbestände und sehr mildes Winterwetter. Der private Verbrauch nahm leicht beschleunigt zu. Dafür war bedeutsam, daß das verfügbare Realein-

kommen infolge der anhaltenden Beschäftigungsausweitung und etwas höherer Lohnanhebungen spürbar stieg. In der Bundesrepublik Deutschland trugen die Senkungen der Einkommensteuer zu Jahresbeginn und umfangreiche Käufe von DDR-Bürgern zur lebhaften Verbrauchskonjunktur bei.

Deutlich ungünstiger als in der Mehrzahl der westeuropäischen Länder entwickelte sich die Konjunktur im Vereinigten Königreich, in Schweden und in Griechenland. Hier hatte die Geldpolitik angesichts der beträchtlichen Inflationsbeschleunigung einen sehr restriktiven Kurs eingeschlagen. In Dänemark zeigen sich nach drei Jahren Stabilisierungsrezession Anzeichen einer allmählichen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung.

Die Beschäftigtenzahlen in Westeuropa sind im ersten Halbjahr 1990 nochmals spürbar gestiegen; die Arbeitslosenquote lag mit rund 8,5 vH um reichlich 1 1/2 Prozentpunkte unter dem Höchststand von Mitte der achtziger Jahre. Der Preisanstieg betrug unverändert rund 5 vH.

Sieht man von der DDR ab, so gingen von der Öffnung der Planwirtschaften in Mittel- und Osteuropa bisher wenig Impulse auf Westeuropa insgesamt aus. In den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern ist die Produktion spürbar zurückgegangen, die Zahl der Arbeitslosen hat sich stark erhöht, und das Defizit im Außenhandel und die Auslandsverschuldung sind beträchtlich. Das Fehlen von Privateigentum an Produktionsmitteln, mangelnde Kapitalmärkte, nicht konvertierbare Währungen, restriktive Vorschriften für ausländische Direktinvestitionen, unklare rechtliche Zuständigkeiten und starke planwirtschaftliche Elemente hemmen die Privatinitiative und verhindern, daß in nennenswertem Umfang privates Kapital aus westlichen Ländern zuströmt. Die Importnachfrage dieser Länder dürfte aus diesen Gründen geraume Zeit mäßig bleiben. Dagegen erhielt die DDR mit den umfangreichen Transferzahlungen aus der Bundesrepublik einen kräftigen finanzpolitischen Impuls, der die Nachfrage in der Bundesrepublik und, in geringerem Maße, in anderen westeuropäischen Ländern angeregt hat.

4. Rezession durch Ölverteuerung?

Aufgrund der Ereignisse im Nahen Osten ist der Preis für Rohöl erheblich gestiegen. Während er zur Jahresmitte knapp 15 US-\$ pro Barrel betrug, bewegt er sich seit dem Einfall des Irak in Kuwait um 30 US-\$ pro Barrel. Die Verteuerung ist Folge des Embargos irakischer und kuwaitischer Öllieferungen sowie der erhöhten Ölnachfrage, die aus der Befürchtung resultiert, daß der Konflikt sich

ausweiten und zu größeren Angebotsausfällen führen könnte. Für die Ölimportländer ist der Preisanstieg mit einem Realeinkommensverlust verbunden. Vielfach wird befürchtet, dies könnte vor allem die private Verbrauchsnachfrage so dämpfen, daß es ähnlich wie nach den Ölpreiserhöhungen von 1973 und 1979/80 zu einem Rückgang des Bruttosozialprodukts in den Industrieländern kommt. Indiz für eine merkbliche Verunsicherung sind die kräftigen Kursrückgänge an den Aktienbörsen.

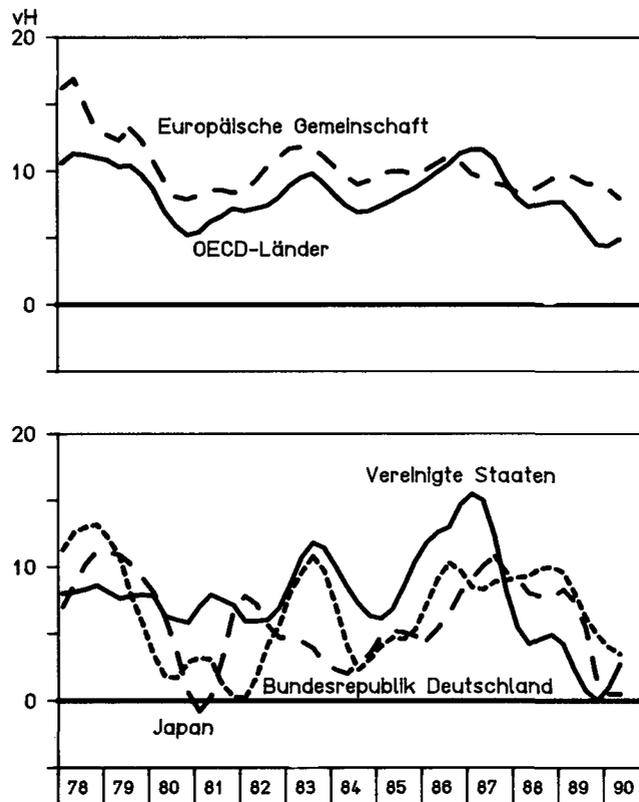
Legt man das gegenwärtige Ölpreisniveau von rund 30 US-\$ zugrunde, so beträgt der direkte Einkommenseffekt der Ölverteuerung für die Industrieländer etwa einen halben Prozentpunkt des Bruttosozialprodukts. Die dämpfende Wirkung auf die inländische Nachfrage wird wohl nur allmählich einsetzen und im Laufe der Zeit zunehmend durch eine verstärkte Nachfrage aus den Ölexportländern ersetzt werden. Insgesamt würde die Zunahme von Nachfrage und Produktion bei dem bisherigen Ölpreisanstieg zwar gebremst werden, zu einer starken Verringerung würde es aber wohl nicht kommen. In dieser Prognose ist unterstellt, daß sich der Konflikt im Nahen Osten nicht ausbreitet und daß einige Ölexportländer die Ölförderung ausweiten. Bei diesen Annahmen dürfte der Ölpreis zurückgehen. Es ist allerdings nicht wahrscheinlich, daß er auf das Niveau vor der Golfkrise fällt. Vielmehr werden die Ölexportländer wohl versuchen, ihn nicht unter den von der OPEC angestrebten Richtpreis von 21 US-\$ pro Barrel sinken zu lassen. Um möglichen Risiken Rechnung zu tragen, haben wir angenommen, daß der Ölpreis im Durchschnitt des Jahres 1991 bei 25 US-\$ pro Barrel liegen wird. Trifft dies zu, ist der ölpreisbedingte Realeinkommenseffekt für die Industrieländer insgesamt geringfügig und kann für sich genommen nicht Ursache einer spürbaren Abschwächung der Konjunktur sein.

Eine gravierende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage wäre allerdings zu erwarten, wenn die Krise am Persischen Golf um sich griffe und die Ölförderung in anderen Ländern, insbesondere in Saudi-Arabien, beeinträchtigt würde. In diesem Fall wäre die Dämpfung der wirtschaftlichen Aktivität durch die Ölverteuerung größer, auch weil Nachfrage aus den dortigen Ländern ausfiele; zusätzlich käme es vermutlich zu einem Attentismus bei den Investoren und Verbrauchern. Wie stark sich die Konjunktur abschwächte, würde schließlich in hohem Maße davon abhängen, wie die Lohnpolitik und die Geldpolitik auf die ölpreisbedingte Erhöhung der Inflationsrate reagieren.

5. Höhere Ölpreise: Anlaß für eine schärfere Gangart der Geldpolitik?

Nach den Ölpreisschüben von 1973 und 1979/80 war die Geldpolitik abrupt auf die Bremse getreten, um die Inflation, die sich bereits vorher kräftig erhöht hatte und durch die Ölverteuerung zusätzlichen Schwung erhielt, zu bekämpfen. Die Folge war in beiden Fällen eine ausgeprägte Stabilisierungsrezession. Diese Erfahrung ruft gegenwärtig vielfach Befürchtungen eines konjunkturellen Rückschlags hervor. Die heutige Situation unterscheidet sich aber grundsätzlich von der in den Jahren 1973 und 1979. Anders als damals haben die Notenbanken diesmal ihren expansiven Kurs zurückgenommen, bevor eine starke Verstärkung des Preisauftriebs zu konstatieren war. Seit Anfang 1987 sind die Zuwachsraten der Geldmenge M1 erheblich zurückgegangen (Schaubild 2). Zwar ist der Kurs in einigen Ländern

Schaubild 2 - Entwicklung der nominalen Geldmenge in wichtigen Industrieländern 1978-1990 (a)



(a) Veränderung gegenüber dem Vorjahr, gleitender Dreiquartersdurchschnitt, 1990 zum Teil geschätzt.

Quelle: OECD, Main Economic Indicators. Paris, lfd. Jgg.; eigene Berechnungen.

zeitweise - beispielsweise nach dem Kurssturz an den Börsen im Oktober 1987 - gelockert worden, in der Grundtendenz wurde die stabilitätsorientierte Politik aber durchgehalten.

Die Ölverteuerung wird sich zwar wie damals in einem stärkeren Anstieg des Preisniveaus niederschlagen, es gibt jedoch kein monetäres Inflationspotential, das eine nachhaltige Erhöhung der Inflationsrate begünstigt. Die zum Teil bereits deutlich spürbaren dämpfenden Effekte der bisherigen Geldpolitik zusammen mit dem intensiveren Wettbewerb auf den Produkt- und Arbeitsmärkten, der auch mit den Deregulierungsmaßnahmen in verschiedenen Ländern und mit der Vollendung des europäischen Binnenmarktes einhergeht, haben dazu beigetragen, daß die Zunahme des Lohn- und Preisauftriebs in den Industrieländern weniger ausgeprägt war als früher in vergleichbaren Konjunkturphasen. Wenn es dennoch zu verstärkten Preis- und Lohnanhebungen käme, begünstigt durch die angespannte Arbeitsmarktlage und die hohe Auslastung der Sachkapazitäten in vielen Ländern, so würde die Geldnachfrage rasch zunehmen und höhere Zinsen bewirken, die Konjunktur also dämpfen. Würden die Notenbanken die Geldmengenausweitung dann nochmals eingengen, um der Inflation entgegenzuwirken, wäre ein deutlicher Konjunkturunbruch in den Industrieländern die Folge. Nach unserer Einschätzung wird es aber nicht dazu kommen.

Vor dem Hintergrund einer Lohn- und Preisentwicklung, die nachhaltige Beschleunigungstendenzen nicht erkennen läßt, und abnehmender konjunktureller Engpässe werden die Notenbanken wohl keine Restriktionsmaßnahmen ergreifen, sondern eine Geldmengenausweitung zulassen, die am Wachstum des Produktionspotentials orientiert ist. In den Vereinigten Staaten wird die Geldpolitik trotz der ausgeprägten Konjunkturschwäche wohl erst 1991, wenn erkennbar ist, daß der Ölpreisanstieg die Inflationsrate nicht dauerhaft erhöht, Spielraum für - geringe - Zinssenkungen sehen. In Japan und in Westeuropa sind zur Bestätigung des bisherigen Kurses leichte Zinserhöhungen wahrscheinlich. Insgesamt gehen von der Geldpolitik bis weit in das Jahr 1991 hinein etwas dämpfende Effekte auf die Konjunktur aus.

6. Finanzpolitik: Nur noch geringe Abnahme der Defizite

Nachdem die Defizite der öffentlichen Gesamthaushalte der Industrieländer seit Mitte der achtziger Jahre von rund 3,5 vH auf etwa 1 vH des Bruttosozialprodukts gesenkt worden waren, sind 1990 und 1991 allenfalls kleine Fortschritte zu erwar-

ten. In Westeuropa werden die Haushaltsdefizite nur noch wenig zurückgehen, obwohl die Steuereinnahmen infolge der guten Konjunktur kräftig zunehmen. Einerseits werden vielfach Unternehmensteuern gesenkt, andererseits steigen die Ausgaben häufig - vor allem wegen höherer Personalaufwendungen - stärker als in den Vorjahren. In Deutschland ist im Zusammenhang mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten, die eine beträchtliche Steigerung der Ausgaben absehbar macht, sogar eine sehr beträchtliche Zunahme des Budgetdefizits zu erwarten.

In Japan dürfte der Überschuß im Staatshaushalt weiter zunehmen, aber deutlich langsamer als in den Vorjahren. Eine Rolle spielt dabei, daß sich die japanische Regierung in den Handelsgesprächen mit den Vereinigten Staaten verpflichtet hat, die Ausgaben für öffentliche Investitionen kräftig auszuweiten und sich stärker an den Kosten der in Japan stationierten amerikanischen Truppen zu beteiligen. Zusätzlich ist eine Erhöhung der eigenen Verteidigungsausgaben geplant.

In den Vereinigten Staaten ist es auch im Fiskaljahr 1990, das am 30. September endet, nicht gelungen, einer Konsolidierung des Bundeshaushalts näherzukommen. Nach vorläufigen Schätzungen wird sich das Budgetdefizit auf rund 160 Mrd. US-\$ belaufen. Für das Etatjahr 1991 wird der Fehlbetrag auf knapp 170 Mrd. US-\$ veranschlagt, wobei die kaum absehbaren Ausgaben für die Sanierung der Sparbanken nicht berücksichtigt sind und sich neue Risiken infolge des militärischen Engagements im Golf ergeben. Die durch das Gramm-Rudman-Gesetz festgelegte Defizithöchstgrenze liegt bei 64 Mrd. US-\$, so daß Einsparungen von mehr als 100 Mrd. US-\$ notwendig wären, um die vorgeschriebenen automatischen Kürzungen zu vermeiden. Das Gesetz räumt allerdings für den Fall einer drohenden Rezession oder eines militärischen Konfliktes ausdrücklich die Möglichkeit ein, die Defizitgrenze zu überschreiten. Angesichts der Golfkrise und vermehrter Zeichen für eine starke Verlangsamung des Wachstums im Sommer ist es wahrscheinlich, daß sich Administration und Kongreß auf diese Ausnahmeregelung berufen und eine deutlich geringere Defizitkürzung vereinbaren werden. Überdies dürften wie in den Vorjahren Ausgaben vorgezogen oder in außerbudgetäre Bereiche verlagert werden.

In der aktuellen Haushaltsdiskussion bahnt sich eine Trendwende in der amerikanischen Steuerpolitik an, da erstmals seit Beginn der achtziger Jahre Steuererhöhungen seitens der Regierung befürwortet werden. Genannt werden hierbei - wohl vor allem aus Gründen der politischen Durchsetzbarkeit - die Verbrauchsteuern auf Tabak, Alkohol und Mineralöl. Letztere dürften aufgrund des Anstiegs des Ölpreises und der dadurch ausgelösten Klagen der Verbraucher aber kaum angehoben werden. Es gibt allerdings Forderungen nach Verbrauchsteuererhöhungen, die

wesentlich über die von der Regierung ins Gespräch gebrachten hinausgehen.

Als Argument für Steuererhöhungen zur Rückführung des Haushaltsdefizits wird häufig angeführt, damit könne die Belastung des Kapitalmarktes verringert werden, die Zinsen würden also sinken. Damit würde zugleich die Nachfrage angeregt und so den nachfragedämpfenden Effekten der Steuererhöhung entgegen gewirkt. Entscheidend dafür, ob die Zinsen dabei sinken, ist, wie sich Angebot und Nachfrage an Sparkapital entwickeln. Ob diese Erhöhung gesamtwirtschaftlich sinnvoll ist, hängt darüber hinaus davon ab, ob insgesamt mehr gespart und mehr investiert wird. Die Zinssenkungen, die von der verminderten Kreditaufnahme des Staates erwartet werden, dürften zunächst einmal die Sparneigung der Privaten dämpfen; zugleich würde die vermehrte steuerliche Belastung die Kaufkraft mindern und zu weniger Sparen veranlassen; die Zinsen würden aus diesem Grunde also steigen. Verstärkt werden würde der Anstieg durch die zusätzliche Kreditnachfrage Privater für Konsum- und Investitionszwecke, ausgelöst durch die Zurücknahme der Kreditansprüche des Staates. Wie sich diese sich gegenseitig überlagernden Effekte letztlich auf das Sparen und das Investieren auswirken, auch unter Berücksichtigung der dämpfenden Einflüsse auf die durch die Steuererhöhungen besonders betroffenen Wirtschaftszweige, ist kaum auszumachen. Aus diesem Grunde scheinen die Forderungen nach Steuererhöhungen zur Finanzierung von Defiziten an Stelle einer Deckung durch Kreditaufnahme wenig überzeugend.

Hinzu kommt, daß Verbrauchsteuererhöhungen preissteigernd wirken. Würde der einmalige Preisanstieg zu verstärkten Lohnanhebungen führen, könnte dies eine nachhaltige Beschleunigung des Inflationstempos zur Folge haben. Damit würde sich jedoch die Hoffnung auf sinkende Zinsen als trügerisch erweisen, da die Geldpolitik vermutlich auf einen restriktiven Kurs einschwenken würde. Fraglich ist auch, ob die staatliche Ausgabendynamik gebremst werden kann, wenn die Steuern und somit die Einnahmen erhöht werden.

Eine durchgreifende Konsolidierung des Haushalts erfordert eine Reduzierung des Anstiegs der Ausgaben des Staates, wie sie in verschiedenen europäischen Ländern und in Japan in den letzten Jahren mit einigem Erfolg betrieben wurde. Im Kontext der Entspannung zwischen West und Ost ergeben sich beispielsweise im Verteidigungshaushalt erhebliche Einsparungspotentiale. Angesichts der im Herbst anstehenden Wahlen und der Entwicklung im Nahen Osten ist es jedoch unwahrscheinlich, daß es zu einschneidenden Kürzungen kommen wird. Berücksichtigt man die Steuererhöhungen in vielen Bundesstaaten, so werden von der amerikanischen Finanzpolitik insgesamt im weiteren Verlauf des Jahres wohl leicht dämpfende Einflüsse ausgehen.

7. Vereinigte Staaten: Vorreiter der Weltkonjunktur?

Alles in allem dürfte die Konjunktur in den Industrieländern bis weit in das Jahr 1991 hinein durch die dämpfenden Wirkungen der Geldpolitik bestimmt sein. Für die Konjunkturprognose ist es wichtig, ob der starken Verlangsamung des Produktionsanstiegs in den Vereinigten Staaten auch eine deutliche Abschwächung der Konjunktur in Westeuropa und Japan folgen wird. In der Regel hatte die Konjunktur in den Vereinigten Staaten in den siebziger und in den achtziger Jahren einen Vorlauf vor der Konjunktur in den übrigen Industrieländern. So setzte die Rezession Ende der siebziger Jahre zuerst in den Vereinigten Staaten ein, und die Konjunktur gewann dort 1982/83 am raschesten wieder an Schwung (Schaubild 1). Ausschlaggebend dafür war, daß die Notenbanken in Europa und in Japan den Kursänderungen der amerikanischen Geldpolitik in der Regel mit einer gewissen Verzögerung folgten, um die Ausschläge des Wechselkurses ihrer Währungen gegenüber dem US-Dollar zu dämpfen. Auch in diesem Aufschwung schwenkte zuerst die amerikanische Geldpolitik auf einen deutlich dämpfenden Kurs ein. In den meisten westeuropäischen Ländern und in Japan erfolgte der Kurswechsel später.

Gemessen an der Veränderung der Zuwachsraten der Geldmenge M1 ist die monetäre Expansion in Japan ähnlich stark gebremst worden wie in den Vereinigten Staaten, in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft dagegen nur sehr vorsichtig. Danach wäre in Japan eine deutliche, in der Europäischen Gemeinschaft nur eine moderate Verlangsamung der Konjunktur zu erwarten. Tatsächlich sind die Veränderungen der Zuwachsraten der Geldmengen zwischen Ländern und Regionen wegen der Zinselastizitäten der Geldnachfrage, die insbesondere als Folge der Deregulierung der Finanzmärkte unterschiedlich hoch sind, aber nur bedingt vergleichbar. Für die Europäische Gemeinschaft wird der Durchschnitt durch die starke Geldmengenexpansion in einigen kleinen Ländern erheblich beeinflußt; in den größeren westeuropäischen Industrieländern dagegen ist die Geldmenge nur sehr verhalten ausgedehnt worden. Hier macht sich die dominierende Rolle der Deutschen Bundesbank bemerkbar. Überall sind aber die kurzfristigen Zinsen infolge der geldpolitisch induzierten Liquiditätsverknappung im Verlauf von 1989 deutlich stärker gestiegen als die Kapitalmarktzinsen. Diese inverse Zinsstruktur spricht also dafür, daß die Geldpolitik ganz allgemein auf einem restriktiven Kurs ist. In den Vereinigten Staaten hatte sich bereits Mitte 1989, in den meisten übrigen Ländern Ende 1989 eine solche Zinsstruktur eingestellt. Bis Mitte 1990 hat sich die Zinsstruktur in den Vereinigten Staaten deutlich und in den übrigen Ländern leicht normalisiert.

8. Ausblick: Produktionsanstieg in den Industrieländern verlangsamt sich

Trotz der Parallelen der Geldpolitik dürfte die Konjunktur in den Industrieländern 1990/91 erhebliche Unterschiede aufweisen. In den Vereinigten Staaten wird die dämpfende Wirkung der Geldpolitik zwar nachlassen; doch dürften vor allem die bereits beschlossenen Erhöhungen von Verbrauchsteuern in vielen Bundesstaaten und die beabsichtigten Anhebungen von Bundessteuern die Verbrauchs- und die Investitionsbereitschaft ungünstig beeinflussen. Die Exporte werden auch im weiteren Verlauf des Jahres von der Schwäche des US-Dollars profitieren, sie dürften mit einer Rate von reichlich 5 vH expandieren. 1991 wird die Zunahme bei etwas verlangsamer Konjunktur in den westlichen Industrieländern und in Japan etwas geringer sein. Das amerikanische Bruttosozialprodukt wird nach unserer Einschätzung in diesem Jahr nur um reichlich 1 vH und 1991 um etwa 1,5 vH höher sein als im Vorjahr (Tabelle 1). Der Produktionsanstieg wird damit erstmals seit Anfang der achtziger Jahre im Durchschnitt zweier Jahre unter dem Wachstum des Produktionspotentials liegen. Mit der deutlichen Verringerung der Kapazitätsauslastung dürfte auch die Zahl der Arbeitslosen merklich zunehmen.

Trotz der anhaltenden Stärke der Exporte wird es 1990 wohl nicht gelingen, das Leistungsbilanzdefizit unter die 100-Milliarden-Grenze zu drücken, da die höheren Ölpreise die Importe erheblich verteuern. Bei abgeschwächtem Exportwachs-

Tabelle 1 - Reales Bruttosozialprodukt und Preise in ausgewählten Ländern und Ländergruppen 1989-1991 (Vorjahresvergleich in vH)

	Bruttosozialprodukt			Verbraucherpreise		
	1989	1990(a)	1991(a)	1989	1990(a)	1991(a)
Vereinigte Staaten	2,5	1,0	1,5	4,8	5,5	5,0
Japan	4,9	4,5	3,5	2,3	3,0	3,5
Bundesrepublik						
Deutschland	4,0	4,0	3,0	2,8	3,0	4,0
Europäische						
Gemeinschaft	3,5	3,0	2,5	5,0	5,5	5,0
Industrieländer						
insgesamt	3,6	2,5	2,5	4,3	5,0	4,5

(a) Prognose; auf halbe Prozentpunkte gerundet.

Quelle: OECD, Quarterly National Accounts. Paris, lfd. Jgg.; nationale Statistiken; eigene Berechnungen und Schätzungen.

tum und einer sich belebenden Inlandsnachfrage könnte es 1991 erneut zu einem Anstieg des Defizits kommen.

In Westeuropa wird die wirtschaftliche Entwicklung durch die Vollendung des europäischen Binnenmarktes, Steuersenkungen und Deregulierungen gestützt. Hinzu kommt, daß von der Vereinigung der beiden deutschen Staaten beträchtliche Nachfrageanstöße ausgehen. Die Ausrüstungsinvestitionen werden voraussichtlich zügig, wenngleich in leicht vermindertem Tempo steigen. Im Wohnungsbau dürften sich allerdings die hohen Realzinsen dämpfend bemerkbar machen. Der private Verbrauch wird bei anhaltendem Beschäftigungsanstieg und etwas stärkeren Lohnanhebungen weiter merklich zunehmen. Insgesamt wird die Zunahme des Bruttosozialprodukts in der Europäischen Gemeinschaft trotz der geldpolitisch bedingten Nachfrageabschwächung nach unserer Schätzung 1990 rund 3 vH und 1991 etwa 2,5 vH betragen. In den meisten Ländern wird die Auslastung des Produktionspotentials nochmals leicht zunehmen. Nur im Vereinigten Königreich, in Schweden und in Griechenland wird der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion wohl deutlich unter dem Potentialwachstum liegen. Infolge der kräftigen Erhöhung der Staatsausgaben im Zusammenhang mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten werden die deutschen Importe kräftig steigen. Dadurch wird der hohe deutsche Überschuß im Handel mit den übrigen westeuropäischen Ländern spürbar verringert werden. In den mittel- und in den osteuropäischen Ländern ist eine durchgreifende Erholung aufgrund vielfältiger Übergangsprobleme oder unzureichender ordnungspolitischer Reformen nicht wahrscheinlich. Die Öffnung dieser Volkswirtschaften wird daher wohl keine spürbare Wirkung auf die Konjunktur in Westeuropa haben. Wir erwarten, daß die Inflationsrate in Westeuropa infolge der Ölverteuerung 1990 mit 5,5 vH einen halben Prozentpunkt höher sein wird als 1989; sie dürfte 1991 rund 5 vH betragen.

In Japan wird sich der dämpfende Einfluß der Geldpolitik zunächst wenig bemerkbar machen, da die Staatsausgaben kräftig steigen und die Exporte - begünstigt durch den niedrigen Kurs des Yen - rasch expandieren werden. Der Zuwachs des Bruttosozialprodukts dürfte in diesem Jahr etwa 4,5 vH betragen und 1991 um rund einen Prozentpunkt niedriger ausfallen. Der Preisauftrieb wird sich verstärken. 1990 dürften die Verbraucherpreise im Durchschnitt knapp 3 vH über ihrem Niveau im Vorjahr liegen, im kommenden Jahr etwas mehr. Aufgrund der erheblichen Verteuerung der Rohöleinfuhren ist im zweiten Halbjahr 1990 eine Verringerung des Handelsbilanzüberschusses zu erwarten, 1991 dürfte sich der Überschuß im Außenhandel wieder merklich erhöhen.

In den Industrieländern insgesamt wird das Sozialprodukt im Vergleich zum Vorjahr nach unserer Prognose 1990 und 1991 etwa 2,5 vH höher sein. Die Ausweitung des Welthandels dürfte in der Größenordnung von 5 vH liegen. Der Preisanstieg wird 1990 mit rund 5 vH etwas stärker ausfallen als im Vorjahr und 1991 auf etwa 4,5 vH zurückgehen.

II. Gespaltene Konjunktur im gesamtdeutschen Wirtschaftsgebiet

Mit dem Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR am 1. Juli 1990 besteht bereits vor der politischen Vereinigung der beiden deutschen Staaten ein gemeinsames Wirtschaftsgebiet. Damit ergibt sich für die Konjunkturanalyse und -prognose die Notwendigkeit, die Entwicklung in diesem Gebiet abzuschätzen. Dennoch erscheint es wegen der unterschiedlichen Problemlage in beiden Teilen Deutschlands sinnvoll, eine regionale Unterteilung beizubehalten. Gegenwärtig ist die Wirtschaftsentwicklung durch beträchtliche Gegensätze gekennzeichnet:

- Die Wirtschaft in der Bundesrepublik befindet sich weiterhin in der Hochkonjunktur. Die Sach- und Personalkapazitäten sind nahezu vollständig ausgelastet. Die Industrieproduktion war im ersten Halbjahr 1990 in der Tendenz weiter aufwärtsgerichtet. Die Beschäftigung wurde weiter spürbar ausgeweitet.
- Dagegen nehmen in der DDR nach der Öffnung der Wirtschaft und der Einführung der D-Mark Produktion und Beschäftigung infolge des Absatzrückgangs beschleunigt ab. Mit der Schaffung des gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraumes ist die DDR-Wirtschaft schlagartig dem internationalen Wettbewerbsdruck ausgesetzt. Daß dies mit erheblichen Produktions- und Beschäftigungseinbrüchen verbunden sein würde, war allgemein befürchtet worden. Auch waren Friktionen beim Aufbau neuer Fertigungen wohl zu erwarten. Inzwischen erscheinen die Übergangsschwierigkeiten größer als weithin angenommen. Infolge ungelöster Eigentumsfragen, verbreiteter Rechtsunsicherheit sowie administrativer Hemmnisse sind westliche Investoren sehr zurückhaltend gewesen. Die Umstellung der Produktion und die Privatisierung der Unternehmen in der DDR sind nur wenig vorangekommen. Allerdings sind mit dem Vertrag zur Herstellung der deutschen Einheit nun einige bedeutsame Hemmnisse verringert worden; so ist der Erwerb von Grund und Boden leichter und die Rechtssicherheit insgesamt größer geworden.

Zu einer allgemeinen Verunsicherung hat die Zuspitzung der politischen Lage am Persischen Golf und der damit verbundene sprunghafte Anstieg des Ölpreises beigetragen. Der Preis für Nordseeöl erhöhte sich durch das Embargo irakischen und kuwaitischen Öls von etwa 18 auf rund 30 US-\$ je Barrel. Nach Ansicht vieler Marktteilnehmer ergeben sich aus der Krise am Golf nicht unerhebliche Inflations- und Konjunkturrisiken. Auf den Finanzmärkten stiegen die Kapitalmarktzinsen und die Kurse der Aktien gingen kräftig zurück.

1. Vor einem dritten Erdölpreisschock?

Der jüngste Ölpreisschub hat Befürchtungen geweckt, daß die deutsche Wirtschaft wie nach den beiden vorangegangenen Ölpreisschocks Mitte und Ende der siebziger Jahre in eine Phase rasch steigender Preise und sich abschwächender Konjunktur gerät. Ein Vergleich mit 1973 und 1979 zeigt jedoch, daß zwischen der damaligen und der heutigen Lage grundlegende Unterschiede bestehen. Damals haben sich die Rohölpreise vervierfacht (1973) bzw. verdreifacht (1979); diesmal ist der Preis auf weniger als das Doppelte gestiegen. Zugleich ist aber die Ölintensität, bezogen auf die gesamtwirtschaftliche Produktion, beträchtlich niedriger als damals; sie hat sich von 1979 bis 1988 um 31 vH verringert. Mithin wäre die Realinkommenseinbuße, wiederum bezogen auf die Produktion, bei einer gleich großen Preiserhöhung geringer.

Eine nochmalige Explosion des Ölpreises kann zwar nicht vollständig ausgeschlossen werden. Sie ist allerdings wenig wahrscheinlich, wenn, wie es in dieser Prognose unterstellt ist, die Förderung in den anderen Ländern durch den Konflikt in der Golfregion nicht beeinträchtigt wird. Zum einen können Ölförderländer wie Saudi-Arabien in der gegenwärtigen Situation kein Interesse an sehr hohen Ölpreisen haben, weil dies zu Lasten der Länder geht, auf deren Solidarität sie angewiesen sind. Zum anderen werden die OPEC-Staaten nach den Erfahrungen der achtziger Jahre wohl bestrebt sein, den Ölpreis nicht zu sehr über die Schwelle steigen zu lassen, ab der neue Explorationsaktivitäten ausgelöst und die Einspar- und Substitutionsbemühungen der Ölkonsumenten verstärkt angeregt werden. Dieser Schwellenpreis liegt zwischen 20 und 25 US-\$ pro Barrel. In dieser Spanne lag auch der Preis, den die OPEC bisher anstrebte. Es ist daher wahrscheinlich, daß andere Anbieter aus dem OPEC-Raum den Angebotsausfall aus dem Irak und aus Kuwait durch eine Ausweitung ihrer Fördermengen mindestens teilweise ausglei-

chen. Starke Preiserhöhungen wirkt auch entgegen, daß die Industrieländer nach den ersten beiden Ölpreiskrisen ihre Vorratsbestände beträchtlich aufgestockt haben. Wir rechnen damit, daß sich der Ölpreis zurückbildet. Der Prognose legen wir einen Preis von etwa 25 US-\$ per Barrel zugrunde, der nur etwas höher ist als der vor der Golfkrise.

Vor allem aber ist nach unserer Einschätzung diesmal die Gefahr einer allgemeinen Kosten- und Preisspirale geringer. Damals war die Geldpolitik sehr expansiv, eine deutliche Beschleunigung des Preisauftriebs war angelegt. Der Erdölpreisschub verstärkte die Inflation. So verdoppelte sich der Anstieg der Konsumentenpreise von Anfang bis Ende 1979. Dies veranlaßte die Bundesbank, parallel zur Ölverteuerung von dem expansiven auf einen restriktiven Kurs einzuschwenken. Dies war entscheidend für die scharfe Rezession zu Anfang der achtziger Jahre. Selbst wenn der Ölpreis jetzt bei 30 US-\$ verharrt und sich nicht - wie wir es erwarten - auf 25 US-\$ zurückbildet, ist eine spürbare Verschärfung der Geldpolitik nicht wahrscheinlich. Die Bundesbank ist schon vor mehr als einem Jahr auf einen potentialorientierten Kurs zurückgekehrt. Der interne Preisauftrieb war bislang verhalten und wird sich nur leicht beschleunigen. Der zusätzliche Preisauftrieb, der sich aus der gegenwärtigen Ölverteuerung ergibt, dürfte wesentlich geringer als 1979 sein - der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung veranschlagte ihn damals auf etwas mehr als 2 vH¹ - und sich in der Größenordnung von nur 0,5 bis 1 vH bewegen. Von der Geldpolitik ist daher keine heftige Bremsreaktion wie 1979 zu erwarten. Nach unserer Ansicht ist das Risiko als gering anzusehen, daß es wie 1979/80 zu einer spürbaren Verlangsamung der Konjunktur sowie zu einem kräftigen Inflationsschub kommen wird.

2. DDR: Einbruch bei Produktion und Beschäftigung

Mit der Wirtschafts- und Währungsunion ist der bislang bestehende Schutzzaun für die DDR-Wirtschaft entfallen und ihre Unternehmen sind - soweit sie handelbare Güter produzieren - voll dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt. In der Folge ist es zu einem ausgeprägten Vordringen westlicher Produkte gekommen, die von den Konsumenten in der DDR vor allem wegen ihrer höheren Qualität bevor-

¹ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1980/81. Bundestagsdrucksache 9/17 vom 25.11.1980, Ziffer 135.

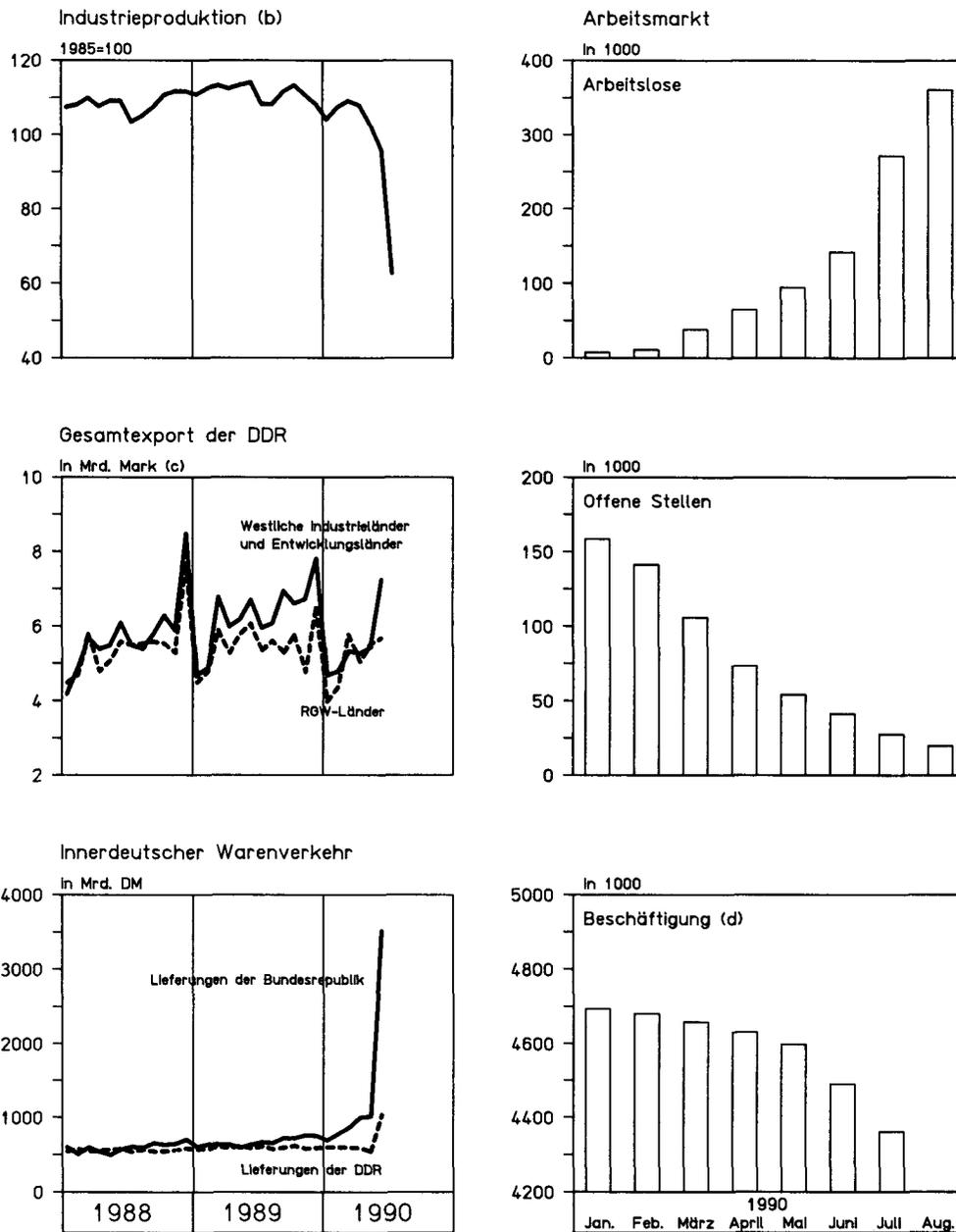
zugt gekauft werden. Entsprechend geht bei den DDR-Unternehmen der Absatz zurück und die Produktion muß spürbar eingeschränkt werden. Die Industrieproduktion, die vor allem nach der Flucht vieler Arbeitskräfte bereits seit Herbst 1989 in der Tendenz rückläufig war, sinkt seit dem Frühjahr 1990 kräftig; im Juli unterschritt sie den Vorjahresstand um 42 vH (Schaubild 3). Bei der Bewertung ist jedoch zu berücksichtigen, daß das Produktionsniveau des Vorjahres vermutlich zu hoch ausgewiesen ist. Ferner bestand nach dem Ende der staatlichen Planwirtschaft für die Betriebe die Notwendigkeit, neue Strukturen beim Absatz und bei der Beschaffung von Vorleistungen zu entwickeln. Auch entfiel bei den Unternehmen und bei den Konsumenten die Notwendigkeit, aus Vorsichtsgründen hohe Vorräte zu halten, so daß die Nachfrage nach Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion entsprechend schwach war.

Die Produktionseinschränkungen und die Umstrukturierung der Betriebe, aber auch der Abbau versteckter Arbeitslosigkeit führten zu einer erheblichen Freisetzung von Arbeitskräften. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten in der Industrie war im Juli um knapp 500000 oder rund 10 vH niedriger als ein Jahr zuvor. Nach den vorliegenden Indikatoren hat sich der Rückgang bis zuletzt fortgesetzt. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich von Juni (140000) auf Juli (270000) verdoppelt, im August (360000) zeichnete sich eine leichte Beruhigung ab. Die Kurzarbeit stieg jedoch im August sprunghaft an, mit 1440000 war sie mehr als doppelt so hoch wie im Vormonat (650000).

Die Abnahme von Produktion und Beschäftigung wird sich zunächst weiter fortsetzen. Viele Unternehmen, die gegenwärtig mit Hilfe staatlicher Unterstützungszahlungen ihre Fertigung aufrechterhalten, sind wohl nicht überlebensfähig. Die Treuhandanstalt wird nicht umhinkommen, ihre Zahlungen an diese Betriebe nach und nach einzustellen; die Betriebe müssen also schließen. Die Sanierung anderer Unternehmen wird Produktionskürzungen beim herkömmlichen Sortiment und die Freisetzung von Arbeitskräften verlangen. Wir rechnen damit, daß die gesamtwirtschaftliche Produktion in der DDR bis zum Frühjahr nächsten Jahres deutlich rückläufig sein wird. Im weiteren Verlauf des kommenden Jahres dürften sich die Umstrukturierung und die Neuerrichtung von Unternehmen jedoch in einem Anstieg der Produktion und in einem Abebben des Beschäftigungsrückgangs niederschlagen.

Die Wettbewerbsfähigkeit vieler Betriebe dürfte sich bereits kurzfristig spürbar verbessern. So sind durch Umstrukturierungsmaßnahmen erhebliche Produktivitätssteigerungen möglich. Engpässe bei Vorleistungen können durch Importe beseitigt werden. Auch kann die Lagerhaltung wegen der Verfügbarkeit von Vorlei-

Schaubild 3 - Indikatoren (a) zur Konjunktorentwicklung in der DDR 1988-1990



(a) Nicht saisonbereinigt. - (b) Industrielle Warenproduktion der Volkswirtschaft. - (c) Valutagenwert (VGW). - (d) Arbeiter und Angestellte in Industrie, Bauwirtschaft, Handel, Verkehr, Post- und Fernmeldewesen, teilweise geschätzt.

Quelle: Statistisches Amt der DDR, Monatszahlen, Ergebnistabellen und Grafiken. August 1990 - 2. Folge, Berlin 1990; Statistisches Bundesamt, Statistischer Wochendienst. Stuttgart, lfd. Jgg.

stungen deutlich reduziert werden. Zudem dürfte sich bei stärker leistungsorientierter Entlohnung die Motivation der Menschen in der DDR erhöhen. Dies wird sich günstig auf die Produktionsentwicklung auswirken. Die Produktion wird auch dadurch gestützt, daß Mittel für Infrastrukturmaßnahmen, die teilweise bereits bewilligt sind, zunehmend in laufende Produktion umgesetzt werden. Bei den damit verbundenen baulichen Aktivitäten werden lokale Unternehmen und Arbeitskräfte eine bedeutende Rolle spielen, selbst wenn die Federführung der Projekte bei westlichen Unternehmen liegt. Mehr und mehr werden wohl auch die Standortvorteile der DDR westliche Investoren zum Aufbau oder zur Übernahme von Produktionsstätten in der DDR veranlassen; bislang standen Investitionen in den Aufbau von Vertriebssystemen im Vordergrund. Als Standortvorteile der DDR lassen sich z.B. die hohe Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte, ein zumindest vorübergehend niedriges Lohnniveau, billige Grundstücke sowie die Nähe zum osteuropäischen Markt nennen.

Dringlich ist aber, daß die Wirtschaftspolitik den Abbau der vielfältigen Investitionshemmnisse, die für das Engagement westlicher Unternehmen noch bestehen, rasch voranbringt. So wurden bisher Gewerbeflächen kaum bereitgestellt, und mangels ungeklärter Eigentumsverhältnisse oder verbindlicher rechtlicher Regelungen konnte Eigentum an Grund und Boden, dessen Beleihung für die Finanzierung von Investitionsprojekten eine große Bedeutung hat, nur selten erworben werden. Hier hat sich mit dem Vertrag zur Herstellung der deutschen Einheit manches gebessert. Weiterhin steht allerdings die Privatisierung aus. Die staatlichen Unternehmen müssen privatisiert werden, weil nur so sichergestellt werden kann, daß sich der strukturelle Wandel der Wirtschaft allein an Kriterien wirtschaftlicher Effizienz und nicht an der politischen Akzeptanz orientiert. Die Treuhand darf sich nicht als Sanierer verstehen, weil sie damit hoffnungslos überfordert wäre, und sie muß und soll nur eines tun: Betriebe an private Investoren verkaufen oder sie schließen.¹ Auch muß Klarheit über Umfang und Struktur der Wirtschaftsförderung auf dem Gebiet der DDR geschaffen werden; der Einigungsvertrag läßt hier vieles immer noch offen. Die Tatsache allerdings, daß eine solche Förderung überhaupt für notwendig erachtet wird, zeigt, daß Wirtschaftsreformen aus Sicht der Politiker zu langsam vorankommen, um die DDR allein dadurch für Investoren attraktiv zu machen.

¹ Für Vorschläge, wie die Privatisierung der Unternehmen vorangebracht werden kann, und zur Rolle, die der Treuhandanstalt dabei zukommt, vgl. Horst Siebert, "Lang- und kurzfristige Perspektiven der deutschen Integration". Die Weltwirtschaft, 1990, H. 1, S. 53 ff.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird sich wohl erst mit einer Verzögerung verbessern. Gemäß Schätzungen beläuft sich die verdeckte Arbeitslosigkeit auf rund 1,4 Millionen. Im alten Wirtschaftssystem waren viele Arbeitskräfte in den Unternehmen mit Tätigkeiten politischer, sozialer oder kultureller Art befaßt, die kaum etwas mit dem eigentlichen Produktionszweck zu tun hatten. Hinzu kommt, daß Arbeitskräfte entlassen werden, weil Betriebe schließen müssen oder ihre Produktion einschränken. Wir rechnen dennoch damit, daß die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1991 deutlich niedriger als 1,5 Millionen ist. Denn im privaten Dienstleistungsbereich, in dem die DDR einen erheblichen Nachholbedarf hat, werden rasch neue Arbeitsplätze entstehen. Die Entwicklung der Gewerbeanmeldungen zeigt, daß in den Bereichen Handwerk, Handel sowie Hotel- und Gaststättengewerbe bereits eine Welle von Neugründungen in Gang gekommen ist. So waren von Januar bis Juli (netto) rund 130000 neue Gewerbe angemeldet worden, allein im Juli betrug die Zahl mehr als 31000. Entlastend auf den Arbeitsmarkt in der DDR wirkt ferner, daß immer mehr DDR-Bürger einer Beschäftigung in der Bundesrepublik nachgehen.

Die großzügige Regelung des Kurzarbeitergeldes in der DDR und die tarifvertraglichen Regelungen - sie sehen beispielsweise im Metallbereich einen einjährigen Kündigungsschutz und eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes auf 85-90 vH des letzten Nettolohns vor - sind kaum geeignet, die Arbeitsmarktprobleme in der DDR zu lösen. Die Regelung des Kurzarbeitergeldes mag zwar vielen Betrieben in der Übergangsphase, in der Produktionsprozesse und Produktsortiment umgestellt werden, die Anpassung erleichtern. In einer sehr großen Zahl anderer Fälle verzögert sie vermutlich den Konkurs und dämpft so die Arbeitslosigkeit nur vorübergehend. Überdies ist mit der beschlossenen Regelung die erhoffte Qualifizierung der Arbeitskräfte wohl häufig nicht zu erreichen. Sie zwingt die Arbeitskräfte, in ihrem bisherigen Betrieb zu bleiben, da sie nur so ihren Anspruch auf Kurzarbeitergeld erhalten. Es macht jedoch wenig Sinn, eine Qualifizierung von Arbeitskräften in Unternehmen oder Sektoren vorzunehmen, die mittelfristig nicht wettbewerbsfähig sind. Solche Fehlsteuerungen der Arbeitskräfte ließen sich vermeiden, wenn die von Arbeitslosigkeit Betroffenen Qualifizierungsgutscheine erhalten würden, die sie nach eigener Wahl für verschiedene Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, auch im betrieblichen Bereich, einsetzen könnten.¹

¹ Vgl. dazu Henning Klodt, "Arbeitsmarktpolitik in der DDR: Vorschläge für ein Qualifizierungsprogramm". Die Weltwirtschaft, 1990, H. 1, S. 78-90.

Bei den kräftigen Lohnsteigerungen in diesem Jahr stand für die Tarifparteien vor allem die Sicherung der Kaufkraft im Vordergrund, auch wenn eine solche Sicherung durch die Produktivität kaum gerechtfertigt war. Im nächsten Jahr wird wohl in stärkerem Maße Rücksicht auf die Produktivität genommen werden, vor allem wegen des Anstiegs der Arbeitslosenzahl. Obwohl bei der vorhandenen hohen Mobilität der Arbeitskräfte zwischen Ost und West tendenziell eine weitere Angleichung der Faktorpreise unvermeidlich erscheint, werden die Tariflohnsteigerungen in der DDR angesichts der Arbeitslosigkeit wohl deutlich niedriger als in diesem Jahr ausfallen. Dabei werden die Tarifparteien im Gegensatz zu den Abschlüssen in diesem Jahr, die mit der Festlegung von Sockelbeträgen die ohnehin geringe Differenzierung der Löhne noch weiter verringert haben, nicht umhinkommen, die Lohnstruktur stärker aufzufächern. Bei einer solchen starken Differenzierung verringert sich die Gefahr, daß die Lohnsteigerungen abermals deutlich über die Zunahme der Arbeitsproduktivität hinausgehen.

Trotz des Beschäftigungseinbruchs wird der private Verbrauch in diesem und im nächsten Jahr wohl kaum zurückgehen, weil dem steigende Löhne und Transferzahlungen entgegenstehen. In diesem Jahr wirkt zusätzlich eine deutliche Verringerung der Ersparnisbildung stützend auf den Konsum. Bei den Investitionen ist im laufenden Jahr wohl mit einer verhaltenen Entwicklung zu rechnen; so waren die nominalen Bruttoanlageinvestitionen im ersten Halbjahr deutlich geringer als im gleichen Vorjahreszeitraum. Mit dem verstärkten Kapitalzufluß von außen sowie den etwas besseren Selbstfinanzierungsmöglichkeiten dürften die Investitionen im Unternehmensbereich jedoch allmählich zunehmen. Im Wohnungsbau ist 1991 angesichts des beträchtlichen Nachholbedarfs mit einer Investitionssteigerung zu rechnen. Im Außenhandel ist in beiden Jahren ein hohes Defizit zu erwarten. Ein Großteil des Importüberschusses entfällt auf den Handel mit der Bundesrepublik.

Insgesamt wird sich nach unserer Schätzung das reale Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 1990 und 1991 zusammengenommen gegenüber 1989 um etwa ein Fünftel verringern, die Zahl der Beschäftigten sogar um etwa ein Viertel. In diesen Durchschnittsn kommt allerdings nicht der stark aufwärtsweisende Trend zum Ausdruck, den wir für den Verlauf des Jahres 1991 erwarten.

Die Preisentwicklung in der DDR spiegelt die Umstellung des Wirtschaftssystems in besonderem Maße wider. Im Frühjahr hatte die DDR-Regierung die Preisfestsetzung für eine Reihe von Waren gelockert. Im Juni kam es teilweise zu massiven Preisreduktionen, da Handel und Industrie bemüht waren, vor der Währungsumstellung ihre Läger zu räumen. Entsprechend sank im Juni der vom Stati-

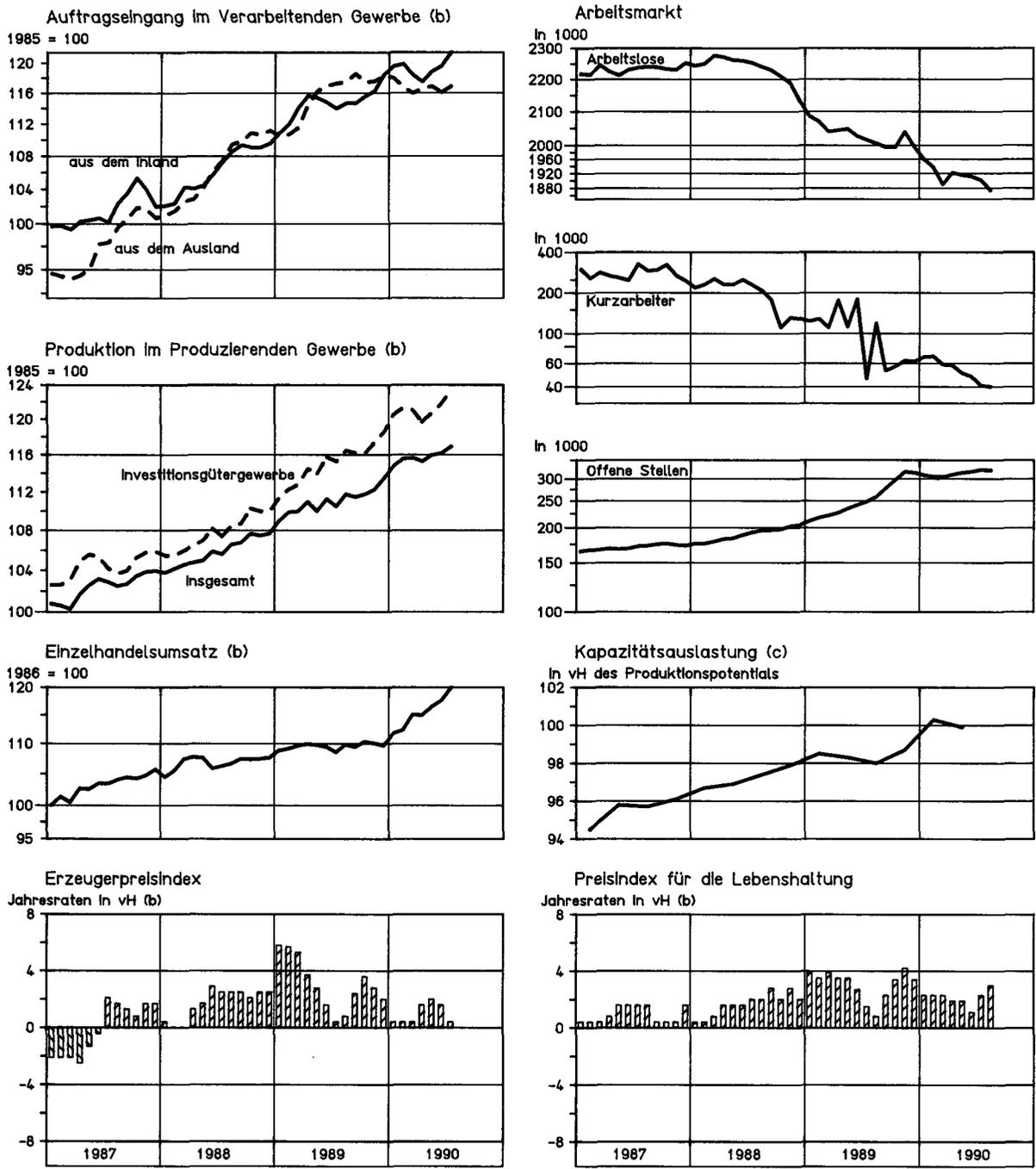
stischen Amt der DDR ermittelte Preisindex für die Lebenshaltung um 12 vH unter den Stand des Vorjahres. Mit dem endgültigen Fortfall der Subventionen für Güter des Grundbedarfs und der generellen Preisfreigabe zum 1. Juli (Ausnahmen: Wohnungsmieten, Verkehrs- und Energietarife) stiegen die Lebenshaltungskosten sprunghaft an; der Vorjahresstand wurde im Juli jedoch um 5,5 vH unterschritten. Bei diesen Sprüngen im Preisniveau handelt es sich nicht um Deflation oder Inflation, sondern um die Folgen der Neugestaltung des gesamten Preissystems. Da auch in den Ausnahmehereichen die Subventionen verringert werden müssen, wenn nicht auf Dauer in diesen Bereichen ein verschwenderischer Umgang mit knappen Ressourcen prämiert werden soll, sind in näherer Zukunft weitere Preissprünge zu erwarten. Bei der Interpretation der Veränderung der Lebenshaltungskosten ist Vorsicht geboten, weil den Berechnungen der alte Warenkorb zugrunde liegt. Bei massiven Verschiebungen der relativen Preise verändern sich jedoch erfahrungsgemäß die Verbrauchsgewohnheiten der Konsumenten, so daß der Verbrauch der teurer gewordenen Produkte relativ zurückgeht.

3. Bundesrepublik: Kräftige Erhöhung der Inlandsnachfrage

In der Bundesrepublik nahm die gesamtwirtschaftliche Produktion in der Grundtendenz im Verlauf des ersten Halbjahres 1990 weiter rasch zu. Der im Vorjahresvergleich deutlich niedrigere Zuwachs des Bruttosozialprodukts im zweiten Quartal ist vor allem auf eine geringere Zahl von Arbeitstagen bzw. die sehr günstige Witterung im ersten Quartal zurückzuführen. Zur konjunkturellen Expansion trug vor allem die kräftige Zunahme des privaten Verbrauchs bei; dafür waren neben der beträchtlichen Ausweitung des verfügbaren Einkommens durch die Steuerreform die starke Zunahme der Beschäftigung, erhöhte Transfers und die Käufe der DDR-Bürger maßgebend, die sich nicht aus den Einzelhandelsumsätzen herausrechnen lassen. Aber auch die Investitionen wurden spürbar ausgeweitet. Damit blieb die Inlandsnachfrage Motor des Aufschwungs. Vom Außenbeitrag gingen dagegen kaum noch Impulse aus.

Das Klima am Arbeitsmarkt blieb freundlich. Die Zahl der Beschäftigten stieg weiter an, die Kurzarbeit ging abermals zurück, und die Zahl der offenen Stellen erreichte den Höchststand in diesem Aufschwung (Schaubild 4). Die Arbeitslosigkeit bildete sich leicht zurück, obwohl das Erwerbspersonenpotential infolge des starken Zuzugs von Aus- und Übersiedlern rasch zunahm. Trotz nahezu vollständig ausgelasteter Kapazitäten und der Ölverteuerung blieb der Preisauftrieb ver-

Schaubild 4 - Indikatoren (a) zur Konjunkturlage in der Bundesrepublik Deutschland 1987-1990



(a) Saisonbereinigt. - (b) Real, gleitender Dreimonatsdurchschnitt. - (c) Gesamtwirtschaft.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik. Stuttgart, lfd. Jgg.; eigene Berechnungen.

halten. Dazu trugen vor allem sinkende Einfuhrpreise bei. Baupreise und Mieten stiegen dagegen beschleunigt.

In Umfragen wird die weitere Entwicklung insgesamt optimistisch eingeschätzt. Die Nachfrage aus dem Ausland tendiert zwar bereits seit Herbst letzten Jahres zur Schwäche, gestützt durch den Nachfrageschub aus der DDR sind die Auftrags-eingänge aus dem Inland aber bis zuletzt deutlich gestiegen. Ungeachtet der kräftigen Produktionsentwicklung sind die bereits sehr hohen Auftragsbestände weiter gewachsen. Trotz des vor allem aus Osteuropa anhaltenden Zustroms von Arbeitskräften klagen die Unternehmen über einen Mangel an Arbeitskräften.

Bei der Präferenz für westliche Güter und Dienstleistungen werden aus der DDR im Prognosezeitraum beträchtliche anregende Wirkungen auf die bundesdeutsche Konjunktur ausgehen. Im zweiten Halbjahr 1990 dürften nach unserer Einschätzung Güter - vor allem Nahrungs- und Genußmittel sowie langlebige Konsumgüter - und Dienstleistungen im Wert von 25-30 Mrd. DM in die DDR geliefert und von DDR-Bürgern in der Bundesrepublik direkt gekauft werden. Für das kommende Jahr wird der Nachfrageschub mit 40-50 Mrd. DM sogar noch größer sein, dabei wird sich der Anteil der Investitionsgüter gegenüber dem der Konsumgüter deutlich erhöhen. Ein beträchtlicher Teil der zusätzlichen Nachfrage wird durch Importe gedeckt. Insgesamt dürfte der Anstieg des Sozialprodukts in der Bundesrepublik wegen des Nachfrageschubs aus der DDR in diesem Jahr um 0,5-1 vH und im kommenden Jahr um 1-1,5 vH höher ausfallen, als es sonst der Fall wäre.¹

Den anregenden Impulsen aus der Vereinigung der beiden deutschen Staaten für die Konjunktur in der Bundesrepublik steht allerdings eine Reihe von dämpfenden Faktoren gegenüber, die per saldo eine leichte Abschwächung des konjunkturellen Expansionstempos erwarten lassen. Die Geldpolitik hat bereits im Frühsommer 1989 die Abkehr von einem expansiven Kurs eingeleitet. Dies hat die Geldmarktzinsen kräftig steigen lassen. Die mit dem Vereinigungsprozeß verbundene Erwartung einer höheren Kapitalnachfrage hat dazu beigetragen, daß auch die langfristigen Zinsen gestiegen sind. Gegenwärtig bewegt sich die Geldmengenexpansion am unteren Rand des für 1990 angekündigten Expansionspfades von 4-6 vH. Obwohl wir keine Verschärfung des geldpolitischen Kurses erwarten, gehen von der

¹ Mit der Öffnung der Grenzen und insbesondere nach der Schaffung eines gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraumes gibt es beträchtliche statistische Verzerrungen. Die Abgrenzung zwischen Käufen von west- und ostdeutschen Bürgern ist mit großen Schwierigkeiten behaftet. Der einzige Ausweg ist die möglichst rasche Aufstellung einer Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für das gesamte Währungsgebiet der D-Mark.

Geldpolitik leicht dämpfende Wirkungen auf die Inlandsnachfrage aus. Zwar stützt die Finanzpolitik die Konjunktur durch hohe Transferzahlungen an die DDR. Daraus ergeben sich auch für die bundesdeutsche Konjunktur positive Nachfrageeffekte. Dem steht aber gegenüber, daß die nachfragesteigernden Wirkungen der Steuerensenkung zu Beginn des Jahres 1990 allmählich geringer werden. Bei kräftigen Einkommensteigerungen wird sich progressionsbedingt die Steuerbelastung von Unternehmen und Haushalten im nächsten Jahr erhöhen.

Die Kostenbelastung der Unternehmen dürfte in nächster Zeit deutlich zunehmen. So hat sich der Lohnkostendruck bereits in diesem Jahr verstärkt. Nach der jüngsten Lohnrunde ist damit zu rechnen, daß das gesamtwirtschaftliche Lohnniveau des Jahres 1990 das Vorjahresniveau um 5,5 vH übertreffen wird, für 1991 sind 6 vH wahrscheinlich. Gleichzeitig verringern sich die Produktivitätszuwächse wegen weitgehend ausgelasteter Kapazitäten. Für den Wechselkurs der D-Mark im Verhältnis zum US-Dollar erwarten wir, daß er im Durchschnitt des kommenden Jahres real genauso hoch ist wie gegenwärtig; das bedeutet nominal eine leichte Aufwertung. Dies wird den Kostenanstieg durch höhere Energiepreise nur teilweise kompensieren.

Beim privaten Verbrauch wird sich das zügige Expansionstempo allmählich verringern. Im nächsten Jahr wird die Zunahme der verfügbaren Einkommen bei geringeren Beschäftigungszuwächsen, einem kleineren Zustrom von Aus- und Übersiedlern sowie der voll greifenden Steuerprogression geringer ausfallen als 1990. Hinzu kommt, daß ein etwas höherer Preisanstieg die Kaufkraft mindert. Auch bei den Ausrüstungsinvestitionen wird sich das bislang hohe Expansionstempo abflachen. Zwar bleibt die Kapazitätsauslastung hoch und veranlaßt die Unternehmen zu Erweiterungsinvestitionen. Andererseits nimmt die Kostenbelastung der Unternehmen zu und infolge etwas höherer Zinsen wird die Attraktivität von Finanzanlagen größer. Ferner werden Unternehmen statt am heimischen Standort in der DDR investieren. Auch für die Bauinvestitionen zeichnet sich eine verhaltenere Expansion ab. Insbesondere bei der Eigenheimnachfrage werden die hohen Zinsen und die deutlich gestiegenen Baukosten dämpfend wirken. Bei der unterstellten Verlangsamung der Weltkonjunktur und Wechselkursentwicklung werden die Lieferungen an das Ausland zwar etwas an Schwung verlieren, dem steht aber gegenüber, daß die Lieferungen in die DDR deutlich rascher zunehmen werden. Da sich die Produktionsausweitung im Inland wahrscheinlich nur wenig abschwächen wird und gleichzeitig mit der Nachfrage aus der DDR die Importe steigen werden, wird die Einfuhr weiterhin spürbar zunehmen.

Alles in allem wird die gesamtwirtschaftliche Produktion in der Bundesrepublik 1990 um etwa 4 vH und 1991 um rund 3 vH expandieren. Trotz der leichten Abschwächung der Konjunktur wird die Kapazitätsauslastung hoch bleiben. Für das gesamte deutsche Wirtschaftsgebiet ergibt sich wegen des Produktionseinbruchs in der DDR sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr ein Zuwachs des Sozialprodukts von jeweils etwa 2 vH. Bei der beschriebenen Produktions- und Nachfrageentwicklung wird sich der Leistungsbilanzüberschuß der Bundesrepublik etwas zurückbilden. Da die DDR mit dem Rest der Welt (ohne Bundesrepublik) ein steigendes Leistungsbilanzdefizit aufweisen wird, verringern sich die gesamtdeutschen Leistungsbilanzüberschüsse im nächsten Jahr wohl deutlich.

Der Preisauftrieb in der Bundesrepublik wird sich im weiteren Verlauf dieses Jahres etwas beschleunigen. Dazu tragen nicht allein die höheren Ölpreise bei, die nach dem Sprung bei den Preisen für Energie allmählich auch auf andere Erzeugnisse wirken. Bei weiterhin günstiger Nachfrageentwicklung werden die Unternehmen bemüht sein, die stärkeren Kostensteigerungen an die Verbraucher weiterzugeben. Bei anhaltend lebhaftem Wettbewerb dürfte sich der Preisauftrieb aber nur leicht beschleunigen. Am Jahresende werden die Lebenshaltungskosten um reichlich 3,5 vH über dem Vorjahresniveau liegen, wegen der günstigen Entwicklung in der ersten Jahreshälfte beträgt der Anstieg im Jahresdurchschnitt 1990 jedoch nur 3 vH. Im kommenden Jahr wird sich der Preisanstieg in wenig verändertem Tempo fortsetzen. Im Jahresdurchschnitt 1991 wird die Zunahme der Konsumentenpreise in der Bundesrepublik wohl rund 4 vH betragen. In der DDR wird sich das Preisniveau etwas stärker erhöhen, da bislang administrierte Preise, insbesondere in den Bereichen Energie, Wohnungsvermietung und Verkehr, freigegeben oder schrittweise angepaßt werden.

Infolge der leichten Produktionsabschwächung und der rascheren Zunahme der Lohnstückkosten flacht sich der Beschäftigungsanstieg etwas ab. In diesem und im nächsten Jahr werden aber immer noch rund 900000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Trotzdem wird die Arbeitslosigkeit weiterhin knapp unter der 2-Millionen-Marke verharren.

4. Trotz hoher Budgetdefizite: Steuererhöhungen unnötig

Im Zentrum der finanzpolitischen Diskussion steht gegenwärtig die finanzielle Belastung der öffentlichen Haushalte, insbesondere des Bundeshaushalts, durch die Hilfen an die DDR.

Auf der Basis der amtlichen Schätzungen vom Frühsommer 1990 waren Zuschüsse an den Zentralhaushalt der DDR für die Jahre 1990 und 1991 in Höhe von 22 bzw. 35 Mrd. DM vorgesehen. Daneben sollten die Renten- und die Arbeitslosenversicherung der DDR zusammen je 3 Mrd. DM aus Mitteln des Bundes erhalten. Im Verlauf des Sommers hat sich gezeigt, daß der Finanzbedarf deutlich größer sein wird. Finanzielle Lücken gibt es sowohl im Staatshaushalt der DDR als auch in den Haushalten der Renten-, der Arbeitslosen- und der Krankenversicherung. Gegenwärtig erscheinen öffentliche Transfers an die DDR in der Größenordnung von 40 bzw. 60 Mrd. DM erforderlich, damit die Ausgaben - bei gegebener Neuverschuldungsmöglichkeit der öffentlichen Haushalte in der DDR - finanziert werden können.

Das Finanzierungsdefizit aller öffentlichen Haushalte im gemeinsamen Währungsgebiet (einschließlich des Sonderhaushalts "Deutsche Einheit") dürfte sich - in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen - 1990 auf 80 und 1991 auf 110 Mrd. DM belaufen. Das Finanzierungsdefizit in der Abgrenzung der Finanzstatistik und damit die staatliche Nettokreditaufnahme wird wohl 90 bzw. 120 Mrd. DM (1991: 4 vH des Bruttosozialprodukts) betragen. Diese Angaben sind allerdings mit erheblicher Unsicherheit behaftet. So ist gegenwärtig völlig offen, inwieweit die Treuhandanstalt Subventionen zur Aufrechterhaltung der Produktion zahlen wird, inwieweit sie aufgrund der Verbürgung von Bankkrediten, die notleidend werden, in Anspruch genommen und in welchem Ausmaß sie durch Zinszahlungen auf Altschulden belastet werden wird. Diese Risiken sind um so geringer, je rascher die Treuhandanstalt Unternehmen privatisiert und je weniger sie ihre Aufgabe darin sieht, Unternehmen zu sanieren.

Angesichts der drohenden Nettoneuverschuldung um mehr als 100 Mrd. DM wird gelegentlich gefordert, die Steuern sollten erhöht werden. Doch ist zu bedenken, daß erhebliche Sparmöglichkeiten bei den Ausgaben bestehen. Es ist nicht nur - wie bereits beschlossen - möglich, bei den Verteidigungsausgaben und bei den Ausgaben, die mit der Teilung Deutschlands verbunden waren, Milliardenbeträge einzusparen; umfangreiche Möglichkeiten, die Ausgaben zu kürzen, gibt es auch bei den Subventionen. Allein die Finanzhilfen belaufen sich im Jahr 1990 auf rund 75 Mrd. DM. Ein anderer Aspekt kommt hinzu. Werden nicht die Staatsausgaben deutlich gekürzt, sondern Steuern erhöht, so bedeutet dies nicht notwendigerweise, daß die Nettokreditaufnahme geringer ist als sonst. Vielmehr besteht die Gefahr, daß die Staatsausgaben höher ausfallen als bei einem Verzicht auf Steuererhöhungen; denn die Erfahrung zeigt, daß Ausgabenwünsche häufig nur durch den Verweis auf leere Kassen abgewiesen werden können. Hier ist auch bedeutsam,

daß gegenwärtig Subventions- auf Subventionsmaßnahme für die DDR beschlossen wird, so als könne die Wirtschaft in der DDR nur blühen, wenn der Staat geldgebend, lenkend, höheres Wissen spendend eingreift. Tatsächlich besagen die Subventionsprogramme aber nur, daß die Reformmaßnahmen nicht so weit gehen, daß die DDR für Investoren attraktiv ist. Es gibt also ein Reformdefizit. Würden die Steuern erhöht, um mehr Subventionen leisten zu können, dann nähme der Reformdruck sicherlich ab. Das aber hieße, daß es in der DDR auf die Dauer keine Entwicklung aus eigener Dynamik gäbe. Auch dies ist ein Grund, die Steuern nicht zu erhöhen.